



Erst mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil in Rom setzte sich die Trennung von Kirche und Staat weltkirchlich durch.

Foto: Lothar Wolleh

Weder Demokratie noch die Überwindung des Nationalismus sind für immer gesichert

Blicken wir in Österreich auf das Verhältnis von katholischer Kirche und Politik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück, so fällt die Bilanz negativ aus.

Die katholische Kirche war weder eine tragende Säule der Demokratie noch eine wirklich überzeugende Widerstandskraft gegen Faschismus oder Nationalsozialismus. Zugespielt hat der katholische Sozio-

loge August Maria Knoll 1962 der Kirche den Spiegel vorgehalten: „Kirche und ‚Naturrecht‘ sagten ‚Ja‘ zur Monarchie des Hauses Österreich am Anfang und am Ende des Ersten Weltkrieges, am 28. Juli 1914 und am 4. August 1918; sie sagten ‚Ja‘ zur Ersten Republik am 12. November 1918 und zur Demokratie am 23. Jänner 1919; sie sagten ‚Ja‘ zum Untergang der Ersten Republik am 21. Dezember 1933 und zum autoritären Ständestaat am 22. Dezember 1934. Und was 1914, 1918 und 1934 getan wurde kirchlicher- und naturrechtlicherseits, musste auch 1938 getan werden.

Es folgte ein ‚Ja‘ zum Untergang von Österreich, ein feierliches ‚Ja‘ zum ‚Dritten Reich‘. Es geschah am 21. März 1938.“ Der von Knoll diagnostizierte kirchliche Opportunismus speiste sich aus dem engen Verhältnis von katholischer Kirche und Staat, der Skepsis gegenüber der Demokratie, und vor allem auch aus dem eigennützigem Interesse an staatlichen Privilegien.

Trennung Staat und Kirche

Natürlich gab es auch rühmliche Ausnahmen wie den 2007 seliggesprochenen Bauern Franz Jägerstätter, der als Einziger in seiner Heimatgemeinde gegen den Anschluss Österreichs stimmte. Eine Befreiung aus diesen politischen Abwegen erfolgte erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit dem Mariazer Manifest von 1952 verabschiedete sich die katholische Kirche Österreichs von der engen Anbindung an den Staat und wies sowohl jedes „Bündnis von Thron und Altar“ als auch jedes „Protectorat einer Partei über die Kirche“ zurück. Mit der Erklärung über die Religionsfreiheit

setzte sich eine solche Haltung im Zweiten Vatikanischen Konzil weltkirchlich durch. Auch die Demokratie wurde für das Konzil zur anzustrebenden Norm im Bereich der Politik. Auf europäischer Ebene haben katholische Politiker wie Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi die politische Zusammenarbeit über den kriegstreibenden Nationalismus gestellt und zur Entstehung der Europäischen Union beigetragen.

Stimme für die Solidarität

Dürfen wir also die Hände in den Schoß legen und selbstzufrieden in die Zukunft blicken? Sicher nicht, denn weder die Demokratie noch die Überwindung des Nationalismus sind für immer garantiert. Der Kirche kommt unter anderem die Aufgabe zu, die Geschwisterlichkeit in der Gesellschaft als eine der tugendethischen Voraussetzungen der Demokratie zu stärken. Sie muss – wie es kürzlich die Caritasdirektoren vorgemacht haben – auch mutig das Wort ergreifen, wenn in der Gesellschaft die Schwäch-

ten unter die Räder zu kommen drohen. Noch wichtiger ist die Stimme der Kirche im Blick auf Europa. Gegen den ansteigenden Nationalismus braucht es mehr Solidarität in der Europäischen Union. Jede einseitige Berufung auf Prinzipien der katholischen Kirche darf hier nicht wider-

THEMA DIESER
AUSGABE:

Die Rolle der Kirche
1918 – 1938 – 2018

spruchslos hingenommen werden. Sollte die österreichische Regierung den Vorsitz im Rat der Europäischen Union tatsächlich nur auf die Subsidiarität hin ausrichten, so muss von der Kirche die Unauflöslichkeit von Solidarität und Subsidiarität eingemahnt werden.

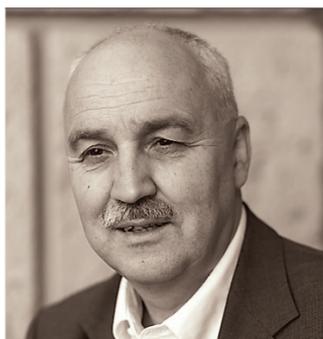


Foto: Christian Wucherer

Wolfgang Palaver
ist Professor für
christliche Gesell-
schaftslehre und
ehemaliger Dekan
an der theologischen
Fakultät Innsbruck.

Wolfgang Palaver
moment@dibk.at

Kirchliche Ereignisse

Was sich getan hat seit 1918: eine Auswahl wichtiger Ereignisse der katholischen Kirche.

1929 – Lateranverträge: Diese stellen das endgültige rechtliche Ende des Kirchenstaates, wie er bis 1870 in Mittelitalien bestanden hatte, dar sowie die Lösung der römischen Frage, bei welcher es um die Anerkennung der Souveränität der Vatikanstadt ging. Es ist also das endgültige Ende einer Kirche mit territorialer Autorität und weltlicher Macht.

1933 – Konkordate mit Österreich und dem Deutschen Reich: Konkordate sind Verträge zwischen Staaten und dem Vatikan. Dabei wird das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in dem jeweiligen Land geregelt. In diesen beiden werden der Kirchenbeitrag bzw. die Kirchensteuer und die Art und Weise, wie Bischöfe zu bestellen sind, geregelt. Auch der Religionsunterricht wird darin geregelt. Diese gelten bis heute.

1937 – „Mit brennender Sorge“: Hierbei handelt es sich um die erste Enzyklika überhaupt, die nicht auf Latein, sondern in einer anderen Sprache, nämlich Deutsch, verfasst worden ist, da sie sich vor allem an das deutsche Volk richtet. In ihr werden die nationalsozialistische Ideologie und deren Verbrechen und Kriegstreiberei stark kritisiert. Federführend für die Abfassung waren Papst Pius XI. selbst, sein späterer Nachfolger, Eugenio Pacelli, und Kardinal Michael von Faulhaber, damals Erzbischof von München. Am Palmsonntag des Jahres 1937

wurde das Dokument, das heimlich nach Deutschland geschafft wurde, in nahezu allen Gemeinden verlesen.

1962 bis 1965 – Zweites Vatikanisches Konzil: Einberufen von Johannes XXIII. bringt dieses Konzil einige Entwicklungen und Reformen hervor. Vieles davon hat sich schon in den Jahren vor dem Konzil entwickelt und wurde hier nun festgehalten. Entscheidende Neuerungen sind die Religionsfreiheit, die Anerkennung anderer Religionen, die Reform der Liturgie und die Konstitution der Kirche.

Ab 2001 – Vertrauenskrise: Schon seit den 1990er-Jahren wurden immer wieder Fälle von Missbrauch in kirchlichen Einrichtungen öffentlich. 2001 wurde nun endgültig eine Aufdeckungswelle losgetreten, als amerikanische Journalisten eine ganze Reihe von Missbräuchen in der Erzdiözese Boston aufdeckten. In den folgenden Jahren geschah Ähnliches auch in den europäischen Ländern und stürzte die Kirche in eine große Vertrauenskrise.

2013 – Rücktritt von Benedikt XVI. und Wahl von Franziskus: Zum zweiten Mal in der Geschichte der katholischen Kirche tritt ein Papst von seinem Amt zurück. Am 11. Februar erklärt Papst Benedikt XVI., dass er sich zur Ausführung des Amtes nicht mehr länger im Stande sehe. Im anschließenden Konklave wird zum ersten Mal ein Südamerikaner zum Papst gewählt. Er ist der erste nichteuropäische Papst der Neuzeit.

Kevin Hellmuth
kevin.hellmuth@dibk.at



Sr. Mathilde lebte eine Zeit lang in der Schweiz, bevor sie 1962 in den Orden der Barmherzigen Schwestern eintrat.

Fotos: Isabella Oberortner

Erinnerungen an den Widerstand im Ort

1926 in Abfaltersbach (Osttirol) geboren, wurde Sr. Mathilde als Kind mit den Wirren des Zweiten Weltkrieges und dem beginnenden Nationalsozialismus konfrontiert.

Sr. Mathilde erlebte drastische Veränderungen, aber auch Widerstand, geleistet von mutigen Menschen und ihrer Familie, die immer am Glauben festhielt und sich nicht unterkriegen ließ. Die Familie, das waren der Vater, tätig als Berufstischler bei der Bahn, die Mutter und zehn Kinder. Sr. Mathilde war die Zweitgeborene, ihr älterer Bruder Josef fiel im Krieg in Italien. Für die ganze Familie, aber besonders für die Mutter, war es schwer, ihren Erstgeborenen loszulassen. Zu dieser Zeit wurde das Ehrenkreuz der deutschen Mutter an kinderreiche Frauen verliehen. Eines Abends kam ein ranghoher Nationalsozialist zur ihrer Mutter und meinte, sie solle diese Auszeichnung verliehen bekommen, da sie zehn Kinder geboren hatte. Diese jedoch verweigerte die Annahme. Da dieser ranghohe Offizier mit der Mutter aufgewachsen war, bekam sie keine Probleme – es herrschte im Dorf ein gewisser Skrupel, sich untereinander zu verraten. Einige traten der Partei bei, andere nicht. Sr. Mathildes Vater war bis zu seinem Tode Monarchist, er las viel und hatte ein geheimes Radio, welches er nur abends hörte. Auch in der Schule

gab es diese unterschiedlichen Lager – der Lehrer war Nationalsozialist, die Lehrerin nicht.

Herz-Jesu-Statue

1937 sollte der 6. Jänner (Heilige Drei Könige) kein Feiertag mehr sein, er wurde zu einem normalen Arbeits- und Schultag deklariert. Der Lehrer und einige Kinder gingen an diesem Tag zur Schule. Andere aber, Sr. Mathildes Familie inbegriffen, gingen in die Kirche und bekannnten sich zum Glauben. Am nächsten Tag in der Schule wurden sie von der Gestapo verhört. Es gab natürlich

Konsequenzen, ein paar Männer im Dorf, welche sich zur Kirche und nicht zum NS-Regime bekannten, mussten einen Monat lang ins Gefängnis. Der Lehrer wollte auch das Kreuz in der Klasse gegen ein Hitler-Bild austauschen, mit der Begründung, dass dieser ihr „Brotvater“ sei. Die Kinder aber wehrten sich erfolgreich dagegen. Die Herz-Jesu-Statue in der Schule wurde gegen eine NSDAP-Fahne ausgetauscht. Diese hing aber nicht lange dort, sondern wurde von den gläubigen Abfaltersbachern vor das Zimmer des Lehrers gehängt.

Lienzer Kosakentragödie

Doch nur wenig ging so glimpflich aus, Sr. Mathilde sah viel Schreckliches. Zwei bekannte Familien hatten Angehörige mit Behinderungen, diese wurden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion abgeholt und niemand wusste über ihren Verbleib Bescheid. Eines Tages wurde den Familien nur die Asche zugeschickt, mit der Nachricht, dass die Person gestorben sei. 1945 sah die Ordensfrau, wie zahlreiche Menschen durch den Sprung in die Drau Suizid begingen. Es waren militärische Kosakenverbände mit ihren Familien, die auf neue Siedlungsgebiete im Friaul gehofft hatten, denen aber die Zwangsrepatriierung in die Sowjetunion drohte. Etwa 300 Personen liegen am „Kosakenfriedhof“ in Lienz, wo alljährlich im Juni der Tragödie gedacht wird.



Die Herz-Jesu-Statue durfte in Abfaltersbach nicht der NSDAP-Fahne weichen, dafür sorgten mutige und beherzte Bürger.

Isabella Oberortner
isabella.oberortner@gmail.com



Vatikanstadt: zentraler Ort für die Veränderungen der Kirche im 20. Jahrhundert. Foto: Pixabay



Moment

20. April 2018 – Sonderbeilage

Gründungsherausgeber: Komm.-Rat Joseph S. Moser, April 1993†; Herausgeber: Gesellschafterversammlung der Moser Holding AG; Medieninhaber (Verleger): Schlüsselverlag J. S. Moser GmbH; Hersteller: Intergraphik GmbH;

Sonderpublikationen, Leitung: Frank Tschoner; Redaktionelle Koordination: Karin Bauer, Christa Hofer; Redaktion: Karin Bauer, Kevin Hellmuth, Walter Hölbling, Claudia Höckner-Pernkopf, Christa Hofer, Wolfgang Kumpfmüller, Isabella Oberortner, Wolfgang Pataver, Daniela Pfennig, Kurt Sonneck.

Diözese Innsbruck, Abteilung ÖA: Karin Bauer. Erzdiözese Salzburg, Amt für Kommunikation: Kurt Sonneck.

Anschrift für alle: Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck, Postfach 578, Tel. 0 512/53 54-0, Fax 0 512/53 54-3577. moment@dibk.at



„Es ist ein Wunder, dass ich überlebt hab“

„Du musst später davon erzählen, denn was du erlebt hast, ist unglaublich“, das dachte sich Marko Feingold, der vier Konzentrationslager überlebt hat.

Nach dem Krieg hat Marko Feingold tausenden Juden geholfen, nach Israel zu kommen. Im MOMENT-Interview berichtet er aus seinem Leben.

Sie sind 1913 in der heutigen Slowakei geboren und in Wien aufgewachsen. Gibt es Erinnerungen an die Kindheit?

Feingold: An das Jahr 1918 erinnere ich mich gut. Der Vater kam vom Krieg heim, wir waren drei Buben und bekamen noch ein Mädchen als Geschwister. Zum Essen gab es wenig, in einem Häufel Brot waren Sägespäne darunter.

Ihre Berufslaufbahn begann im Jahr 1927.

Feingold: Ich konnte 1927 eine zweijährige kaufmännische Lehre beginnen, dann arbeitete ich als Handelsangestellter. 1932 wurde ich arbeitslos und ging mit meinem älteren Bruder als selbstständiger Vertreter nach Italien. In den ersten Monaten

lebten wir nur von Brot und Tomaten und mussten Italienisch lernen. Wir verkauften Flüssigseife, bis wir draufkamen, dass wir mit Bohnerwachs mehr Geld verdienen konnten. So lebten wir in Italien sechs Jahre sehr gut und fuhren zwischendurch immer wieder nach Hause nach Wien.

Das Jahr 1938 wurde auch für Sie zum Schicksalsjahr.

Feingold: Mein Bruder und ich wollten im Februar 1938 in Wien unsere Pässe verlängern lassen. Wir erlebten eine Hitler-Euphorie, ganz Österreich war für den Anschluss. Am 1. April wurden die ersten 1000 Häftlinge ins Konzentrationslager Dachau gebracht, auch mein Vater war auf der Liste. Als ihn die Gestapo abholen wollte, war er nicht da. Stattdessen nahmen sie mich und meinen Bruder mit. Wir saßen drei Wochen im Gefängnis, dann wurden wir freigelassen. Wir fuhren nach Prag, aber dort schob man uns nach Polen ab.

In Polen haben Sie wieder Arbeit bekommen?

Feingold: Nur kurzfristig, wir haben uns gefälschte Papiere besorgt. Als man uns in Polen zum Präsenzdienst einziehen wollte, gingen wir zurück in die Tschechoslowakei. Sie inhaftierten mich und meinen Bruder und brachten uns nach Krakau. Auf der Liste von 450 Personen, die ins Konzentrationslager Auschwitz transportiert werden sollten, standen 16 für die Strafkompagnie, darunter wir beide. Ich magerte in Auschwitz von 55 auf 30 Kilo ab. Wir wurden mit 1000 Häftlingen nach Hamburg geschickt. Der Bruder überlebte das nicht, ich wurde nach Dachau weitergeschickt.

Wie überlebten Sie Dachau und Buchenwald?

Feingold: Weil ich Polnisch und Italienisch sprach, musste ich dolmetschen. Als ich in die KZ-Gärtnerei kam, wurde mein Gesundheitszustand schlechter, ich hatte einen eitrigen Fuß. Daher teilte man mich zu den Invaliden ein, die ins KZ Buchenwald geschickt wurden. In Buchenwald sollte ich operiert werden. Die Operierten starben aber an Blutvergiftung, ich wurde nicht ope-



Marko Feingold informiert seit Jahrzehnten in unzähligen Vorträgen, Besuchen und Exkursionen als authentischer Zeitzeuge über den Holocaust.

Foto: Erzdiözese Salzburg

riert und überlebte wie durch ein Wunder. Es folgte Schwerarbeit im Steinbruch. Wegen der Bombardierungen durch die Alliierten in Deutschland wurden Maurer gesucht. Ich meldete mich und konnte im KZ von 1942 bis 1945 als Maurer arbeiten.

1945 wurden die Konzentrationslager befreit. Wie kamen Sie dann nach Salzburg?

Feingold: Ich kam mit einem Autobus bis Wien. Auf Befehl von Dr. Renner sollten aber die Juden zurück nach Deutschland gebracht werden, da stieg ich einfach in Salzburg aus. Seither lebe ich hier. Viele jüdische Flüchtlinge waren hier in Kasernen, ich organisierte die Verpflegung. Für Transporte nach Italien, zum Beispiel in den Hafen Triest, bekam ich Lastwagen zur Verfügung gestellt.

Sie haben auch tausenden

Juden bei der Flucht über den Krimmler Tauern geholfen.

Feingold: Im Herbst 1947 kündigten die Vereinten Nationen an, den Staat Israel zu gründen. In Saalfelden warteten damals 5000 Menschen auf die Auswanderung. Ich habe dann begonnen, sie über den Tauern zu führen.

Am 28. Mai feiern Sie den 105. Geburtstag. Gibt es einen Wunsch?

Feingold: Zum Hunderter habe ich mir gewünscht, dass in Salzburg eine Straße oder ein Platz nach Stefan Zweig benannt werden. Das hat man mir zugesagt, ist aber noch nicht umgesetzt. Daher bleibt dieser Wunsch noch offen.

Das Interview führte Wolfgang Kumpfmüller. wolfgang.kumpfmueeller@komm.kirchen.net

ZUR PERSON:

Marko Feingold ist seit 1977 Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg. In unzähligen Vorträgen, Besuchen und Exkursionen informiert er seit Jahrzehnten als authentischer Zeitzeuge über den Holocaust. Seine zweite Frau Hanna unterstützt ihn und koordiniert die Termine.

TIPPS UND TERMINE

Demokratie, Solidarität, Friedensarbeit

Innsbruck. Die „Grenzen der Friedensunion“ heißt ein Vortrags- und Gesprächsabend am Dienstag, 24. April, um 19 Uhr im Haus der Begegnung in Innsbruck. Experten aus den Bereichen Migration, Politik und Friedensforschung beleuchten die Lage der EU angesichts der geringen Solidarität der Staatengemeinschaft z.B. in der Flüchtlingsfrage und in Friedensangelegenheiten.

Innsbruck. Friede in Europa – ein christliches Projekt? Dieser Frage geht ein Studientag am 27. April an der Theologischen Fakultät in Innsbruck nach. Der Tag soll auf die Leistungen der Christen

für die politische Entwicklung Europas seit 1918 hinweisen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, was Christen heute tun können, um das Friedensprojekt Europa neu zu beleben. Vortragende sind u.a. der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Erwin Teufel, der Politikwissenschaftler Anton Pelinka und die Friedensaktivistin Ursula Kalb (München). Beginn um 9 Uhr im Kaiser-Leopold-Saal.

Innsbruck. „Kriegsgeschichten als Familiengeschichten“ – so heißt ein Seminartag, der am 5. Mai von 9 bis 17 Uhr im Haus Marillac stattfindet und der dem Gespräch

über Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg gewidmet ist. Anhand biografischer Methoden werden sich die TeilnehmerInnen der eigenen Familiengeschichte nähern und berührende Erinnerungen und Erlebnisse zu Tage fördern und diesen Teil ihres Lebens auf dem Hintergrund von heute kritisch würdigen.

Wörgl. Wer wird uns morgen ernähren? Vortrag über Landwirtschaft und regionale Lebensmittelproduktion mit dem Soziologen Markus Schermer. Donnerstag, 3. Mai, 19 bis 21 Uhr im Tagungshaus Wörgl. Beitrag 8 Euro. Die Veranstaltung ist barrierefrei. Informati-

onen unter Tel. 05332/74 146 oder per E-Mail an info@tagungshaus.at

Wörgl. Durchatmen. Seminar zur Stressbewältigung über den Atem mit Helga Diem, Trainerin für Stimme, Atem und Kommunikation. Freitag, 4. Mai, 15 bis 21 Uhr im Tagungshaus Wörgl. Beitrag 55 Euro. Infos und Anmeldung unter Tel. 05332/74 146.

Brixen im Thale. „Demokratie unter Druck. Ursachen und Folgen des wachsenden Populismus“. Freitag, 4. Mai, 18 Uhr, im Pfarrsaal Brixen im Thale. Referent ist Franz Fallend.

HINTERGRUND

Das Ende der Caritas

Die Annexion Österreichs durch die Nationalsozialisten führte zur Auslöschung der organisierten katholischen Wohltätigkeit in Tirol – ganz besonders traf es den Landesverband „Barmherzigkeit“, den Tiroler Caritasverband.

Der Zugriff war unwiderruflich. Am 17. Jänner 1940 versiegelte der Gauamtsleiter der NS-Volkswohlfahrt den Amtsraum des Tiroler Caritasverbandes in der Innsbrucker Erlenstraße. Keine Beschwerde an die „NS-Granden“ in Berlin vermochte es noch, etwas an der Verfügung des Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände zu ändern. Es war der letzte martialische Akt eines lange vorbereiteten und schrittweise umgesetzten Auflösungsprozesses durch das totalitäre Regime:

Bereits wenige Wochen nach dem „Anschluss“, am 23. Mai 1938, war Caritasdirektor Karl Eisenegger seines Postens enthoben worden. Ein kommissarischer Leiter wurde eingesetzt. Zwei Gestapo-Angehörige wurden vor der Caritaszentrale in Innsbruck postiert. Die kommissarische Besetzung endete mit der Aufnahme des Landesverbandes „Barmherzigkeit“ in die „Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in der Ostmark“ am 2. September 1938. Eine Änderung der Satzungen war notwendig.

Kurz darauf wurden dem Caritasverband seine Hauptaufgaben, u.a. im Bereich der Kinder- und Jugendfürsorge, entzogen. Die Caritas-Sterbevorsorge wurde aufgelöst. Der Verband wurde angehalten, sich der Betreuung katholischer Vereine zu widmen.

Die Liquidierung des Caritasverbandes in Tirol erfolgte schließlich am 30. November 1939 mit der Verfügung über dessen Auflösung und der Einweisung seines Vermögens in die NS-Volkswohlfahrt am 13. Dezember 1939. Die Leitung der Caritas, allen voran Vizepräsident Msgr. Michael Weiskopf, erhielt darüber erst bei der Versiegelung des Amtsraumes Kenntnis. Eine Begründung für diese drastische Maßnahme blieb aus. Wenig später sollte den Österreichischen Caritasverband und den Vorarlberger Caritasverband dasselbe Schicksal ereilen.

Giisella Schiestl
moment@dibk.at



Dem Jubel bei der Einfahrt des Sonderzuges mit Adolf Hitler am 5. April 1938 in Innsbruck folgte das Ende der katholischen Wohltätigkeit in Tirol.

Foto: Stadtarchiv Innsbruck



Die katholische Kirche dominierte über lange Zeit das Schulwesen. Bis 1918 stellte sie außerdem das Monopol in den Krankenhäusern.

Foto: Diözese Innsbruck/Archiv

Heute kann jeder glauben, was er will

Severin Renoldner zeigt den mühevollen Lernprozess der katholischen Kirche von 1918 bis 2018 und spricht über Meilensteine ihrer Entwicklung in den vergangenen 100 Jahren.

Vor 1918 war die katholische Kirche in Österreich eine Staatskirche. Welche öffentlichen Aufgaben nahm sie für den Staat wahr?

Severin Renoldner: Das Schulwesen war unter kirchlicher Kontrolle. Nur wer katholisch war und vom Bischof akzeptiert wurde, durfte unterrichten. Die Kirche stellte das Monopol in den Krankenhäusern. Sie war auch für die Aufrechterhaltung der guten Sitten zuständig.

Mit dem Ende der Monarchie verlor die Kirche schlagartig ihren Stellenwert. Wie ging sie damit um?

Severin Renoldner: Für die Bischöfe, die Verfechter der Monarchie und dem Kaiser loyal waren, kam dieser Bruch überraschend. Sie wurden bisher vom Kaiser ernannt und vom Staat bezahlt, waren sozusagen „Beamte“. Plötzlich wurde die Kirche auf „freiwillige Mitglieder“ reduziert. Deshalb verlor sie Macht und Bedeutung. Im Gesundheitswesen aller-

dings waren die Orden unerlässlich.

Wünschten sich die Bischöfe den Kaiser zurück?

Severin Renoldner: Die Kirche war nicht reif für eine Demokratie. Der neue Staat Österreich war kein Wunschprojekt, sondern nur ein Rest, der übrig blieb. Damit taten sich viele Menschen schwer. Den Bischöfen lag das klare Top-down-System näher. Die Gefahr autoritärer Hierarchien in der Gesellschaft sahen sie nicht. Sie identifizierten sich kritiklos mit der Christlichsozialen Partei, die aber weitaus nicht alle Christinnen und Christen wählten.

Inwiefern unterstützte die Christlichsoziale Partei die Machtstellung der Kirche wieder?

Severin Renoldner: Sie sicherte ihr Macht in wesentlichen Bereichen zu. Da das Christentum mit über 90 Prozent die dominierende Religion war, erhob die Christlichsoziale Partei den

Anspruch, immer an der Macht zu sein, gewann aber oft nur ein Drittel des Wahlvolkes. Priester redeten am Wahlsonntag der Bevölkerung von der Kanzel aus ins Gewissen, für sie zu stimmen. Und das, obwohl der katholischen Soziallehre die Sozialdemokratische Partei, die für Gewerkschaften, eine Armenfürsorge und den gerechten Lohn für Arbeiter eintrat, in manchen Themen näher gestanden wäre.

War der „Ständestaat“ mit seinem von der katholischen Kirche getragenen Gesellschaftsmodell eine Art Wiederherstellung der alten Ordnung?

Severin Renoldner: Der Begriff „Stände“ war ein rhetorischer Trick: Papst Pius XI. hatte 1931 eine „berufsständische Ordnung“ als Ausgleich zwischen Arbeitern und Unternehmern gefordert. Dollfuß griff dieses Wort auf, schuf aber 1933/34 eine Ein-Mann-Diktatur. Die Bischöfe unterstützten

das, weil das austrofaschistische Regime die Kirche privilegierte – zum Beispiel durch die Verantwortung über Schulen, Lehrpersonen und Lehrpläne. Es war kein Zufall, dass am 1. Mai 1934 die neue Verfassung gemeinsam mit dem Konkordat in Kraft trat. Bis 1930 gab es noch Prälaten als Landeshauptleute, einen sogar als Langzeit-Bundeskanzler (Ignaz Seipel), und geweihte Priester, die Parteipolitik machten und sogar brutale Polizeieinsätze anordneten.

Wie war das 1938 mit dem Anschluss an Nazi-Deutschland?

Severin Renoldner: 1938 standen die Bischöfe unter enormem Druck, als sie ihre peinliche Botschaft der Anpassung verfassten. Hitler hat sie – wie viele seiner Gegner – erfolgreich eingeschüchtert und ihren Widerstand klein gemacht. Die Kirche glaubte nicht an die Nazis, sie wollte keine Morde an Juden, hat aber antisemitische Vorurteile verbreitet. Das wurde ernsthaft erst im Zweiten Vatikanischen Konzil aufgearbeitet und dafür auch um Vergebung gebeten. Erst ab 1945, besonders am Konzil (1962–65) hat sie die Demokratie als richtig gewürdigt und Verantwortung für den modernen Rechtsstaat übernommen.

Welchen Bruch brachte 1945?

Severin Renoldner: Die Kirche versuchte, sich – wie viele – als bloßes Opfer darzustellen, muss aber heute zugeben, dass sie

teilweise auch Mittäter war. Das Herantasten an die Demokratie reflektierte die eigene Autoritätsanfälligkeit. Man erkannte, dass die enorme Macht der Kirche nicht guttut. Sie verzichtete – zumindest offiziell – auf Parteipolitik, blieb aber sozial engagiert.

Diese Erkenntnis geht großteils auf das Zweite Vatikanische Konzil zurück. Welche Entwicklungen trieb dieses noch voran?

Severin Renoldner: Bei der Gleichstellung der Frau ist die Kirche auch heute der Zeit hinterher. Aber ihr moderneres Selbstverständnis förderte die Ökumene, und das tat auch der demokratischen Gesellschaft gut: Protestanten wurden jetzt als „Kollegen“ betrachtet, nicht als Feinde. Die katholische Kirche sagt nun offiziell, dass auch Andersgläubige gute Menschen sein können; das fördert demokratische Kultur, weil der Pluralismus positiv gesehen werden kann. Die Kirche beteiligte sich an der „Grundsteinlegung“ für ein friedliches, tolerantes Zusammenleben. Heute müssen wir nicht etwas glauben, sondern jeder und jede darf glauben, was er/sie will. Die Früchte dieses mühevollen Lernprozesses können wir ernten, wenn Religionen einander achten – gerade im Hinblick auf den Islam.

Das Interview führte Daniela Pfennig. daniela@pfennig.at



Foto: Severin Renoldner

Severin Renoldner ist Theologe und Professor für Ethik, Moraltheologie und politische Bildung an der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz.